

Vossener Zeitung. Siebenundsechzigster Jahrgang.

Freitag, 13. November (Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

Nr. 797.

Amthches.

Berlin, 12. November. Der König hat dem Generalpost-Director Stephan zu Berlin den Stern zum R. Ad. Ord. 2. Kl. mit Eichenlaub verliehen.

Der Kaiser hat im Namen des deutschen Reichs die von dem Bischof von Straßburg voraenommene Ernennung des Sulfursalzparzers Kasimir Adam zu Reichsfeld zum Pfarrer in Walsheim, im Bez. Unter-Loth. genehmigt.

Die Wahl des Gymnasial-Oberlehrers Dr. Müncher in Toraun zum Prorektor am Gymnasium in Jauer ist die Bestätigung ertheilt, beim Kaiser-Wilhelms-Gymnasium in Montaubaur die Ernennung des ord. Lehrers Dr. Wahl zum Oberlehrer genehmigt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 12. November. Sitzung des Abgeordnetenhauses. Vom Handelsminister wird eine Konvention mit Rußland zum Schutz der Handelsmarken vorgelegt. Der Kultusminister beantwortet hierauf die Interpellation betreffend die Ausführung der konfessionellen Gesetze...

Prag, 12. November. Der Kaiser und die Kaiserin, welche gestern Abend 6 Uhr hier eintreffen und sich durch die glänzend illuminierten Straßen nach der Hofburg begaben, wurden von der Bevölkerung mit großem Enthusiasmus begrüßt.

Paris, 12. November. In der Ecole de médecine haben gestern neue Demonstrationen der Studenten stattgefunden. Dieselben richteten sich gegen den Professor Chauvigné. Die Vorlesungen sind in Folge dessen auf einen Monat suspendirt.

Senday, 12. November. Wie der Köln. St. aus Senday vom 11. d., Nachmittags 5 1/2 Uhr, telegraphisch gemeldet wird, hat gestern die ganze Regierungsgarnie die projekirte Bewegung von Renteria nach Trun ausgeführt.

London, 12. November. Der Strike der Berg- und Hüttenarbeiter in Wigan (Lancashire) ist durch die vorläufige Herabsetzung der Löhne um 10 pCt. beendet.

Kopenhagen, 12. November. In der heutigen Sitzung des Folkething wurde über eine Interpellation verhandelt, welche die vom Kultusminister versüßte Zurückweisung eines Schullehrers betraf.

Washington, 12. November. Nach dem von dem Schatzdepartement erstatteten Jahresbericht betragen im letzten Jahre die Staatseinnahmen aus Zöllen 25 Millionen weniger als im Vorjahre.

Deutscher Reichstag.

9. Sitzung.

Berlin, 12. November, 1 Uhr. Am Tische des Bundesraths der Reichstanzler Fürst Bismarck, der vor Beginn der Sitzung den Präsidenten des Hauses, die Abg. v. Bennigsen und Fürst Hohenlohe, den Vorschläger in Paris u. A. begrüßt; außerdem Delbrück, v. Kammer, v. Voigt-Röhl, v. Liebe, Bergler u. Berglas u. A.

Abg. Herz, unterstützt von den Mitgliedern der Fortschrittspartei, richtet an die Vertreter der Reichsregierung, in deren Namen Präsident Delbrück zu antworten sich bereit erklärt, folgende Interpellation: Wird dem Reichstage noch in dieser Session ein Gesetzentwurf über die Beurkundung des Personenstandes...

Abg. Herz motivirt seine Anfrage wie folgt: Es sind jetzt gerade drei Jahre verflossen, als ich bei der Diskussion über den Kaiserlichen Antrag betreffend die Schaffung eines gemeinsamen bürgerlichen Rechtes für das gesammte Reich zum ersten Male in diesem Hause die Nothwendigkeit der Einführung der obligatorischen Zivilehe betonte.

Abg. v. Winter befragt die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen; denn die scheinbar einfachen Grundzüge, welche in den einzelnen Paragraphen des Gesetzes niedergelegt sind, können nur dann recht gewürdigt werden, wenn man ihre Ausführung in allen Details überfieht.

Abg. Günther (Sachsen): Wenn ich auch mit Befriedigung anerkennen muß, daß das Gesetz für die zu Naturalleistungen verpflichteten Kreise manche Erleichterungen enthält, so halte ich dennoch die Vorlage noch für sehr verbesserungsbedürftig.

Die Neigung auf den Gegenstand näher einzugehen scheint im Hause nicht vorhanden zu sein, jedenfalls äußert sie sich nicht so rasch, wie die jede Weiterung abschnellende Erklärung des Präsidenten abgeben wird, daß die Interpellation damit erledigt sei.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfes betreffend die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden.

Bundeskommissarius Geh. Regierungsrath Starke: Dieser Gesetzentwurf soll die Gesetzgebung des deutschen Reiches über die Leistungen für die bewaffnete Macht gewissermaßen zum Abschluß bringen; er schließt sich den früheren Gesetzen eng an und bildet mit ihnen zusammen ein Ganzes.

nahme der Naturalleistungen für das ganze Reich einheitlich geregelt werde. Zunächst ist allerdings der Zustand, den dieses Gesetz in Aussicht nimmt, nur ein unvollkommener, insofern nämlich in Bayern und Württemberg die landesgesetzlichen Bestimmungen bestehen bleiben sollen.

Abg. v. Winter befragt die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen; denn die scheinbar einfachen Grundzüge, welche in den einzelnen Paragraphen des Gesetzes niedergelegt sind, können nur dann recht gewürdigt werden, wenn man ihre Ausführung in allen Details überfieht.

Abg. Günther (Sachsen): Wenn ich auch mit Befriedigung anerkennen muß, daß das Gesetz für die zu Naturalleistungen verpflichteten Kreise manche Erleichterungen enthält, so halte ich dennoch die Vorlage noch für sehr verbesserungsbedürftig und schließe mich daher dem Antrage des Vorredners auf kommissarische Beratung derselben an.

Abg. Günther (Sachsen): Wenn ich auch mit Befriedigung anerkennen muß, daß das Gesetz für die zu Naturalleistungen verpflichteten Kreise manche Erleichterungen enthält, so halte ich dennoch die Vorlage noch für sehr verbesserungsbedürftig und schließe mich daher dem Antrage des Vorredners auf kommissarische Beratung derselben an.

Gerade diesen Paragraphen möchten ich einer genauen Prüfung unterziehen. Ich halte das in dieser Ausdehnung für ungerechtfertigt, wenn ich auch zugeben will, daß bei Uebungen im Vorpostendienst das Betreiben fremden Agrars nicht zu vermeiden sein wird.





